

vorwärts HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

APRIL 2017

MIT HALTUNG UND IDEEN



Thorsten Schäfer-Gümbel,
SPD-Landes- und Fraktions-
vorsitzender

Wow! 100 Prozent für Martin Schulz als neuem Vorsitzenden der SPD – das ist ein tolles Signal für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf. Selten habe ich unsere Partei so geschlossen und hellwach erlebt.

Martin Schulz hat auf dem Bundesparteitag eine herausragende Rede gehalten. Im Mittelpunkt stand der Respekt vor jedem einzelnen Menschen. Mit seiner tiefen Überzeugung, dass es uns nur in einem geeinten Europa dauerhaft gutgehen kann, gibt er Orientierung über den Tag hinaus. Ebenso mit seiner klaren Haltung gegen alle, die unsere Gesellschaft spalten wollen.

Die politischen Gegner von der Union und auch einige mediale Berufsnörgler, die jetzt behaupten, Martin Schulz sei unkonkret geblieben, liegen falsch. Über Haltung und Werte zu reden ist nicht unkonkret, sondern die Basis einer soliden Politik.

Diese Nörgler haben offensichtlich auch nicht richtig hingehört. Mit dem Thema gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Uni hat Martin Schulz eine Botschaft gesetzt, die von zentraler Bedeutung für mehr Bildungsgerechtigkeit in Deutschland ist. Die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der Herkunft ist eine Schande für unser Land, und es wird Zeit, das zu ändern.

Schon vor dem Parteitag haben Martin Schulz und Andrea Nahles mit dem Vorschlag für die Qualifizierung von Arbeitslosen und der längeren Bezugsdauer des Arbeitslosengelds einen Pflock eingeschlagen.

Deutschland redet über die Vorschläge der SPD. Die Union ist hingegen inhaltlich ein Totalausfall. Da bleibt nur kleinkarierte Mäkelei.

Auch die hessische SPD hatte in den vergangenen Wochen viel Grund zur Freude: Mit Christian Geselle als neuem Kasseler Oberbürgermeister und mit Thorsten Stolz als neuem Landrat im Main-Kinzig-Kreis haben zwei unserer Kandidaten schon im ersten Wahlgang jeweils fünf Mitbewerber geschlagen. Im Rheingau-Taunus-Kreis hat Frank Kilian als von SPD und Grünen unterstützter parteiloser Kandidat ebenfalls ein hervorragendes Ergebnis erzielt. Ein Wermutstropfen ist der Ausgang der OB-Wahl in Darmstadt. Aber die Verhältnisse sind und bleiben eindeutig: Die SPD stellt acht von zwölf hessischen Oberbürgermeistern, die CDU drei und die Grünen einen. Auch das lässt uns zuversichtlich auf die nächsten Wahlen schauen.

Th. Schäfer-Gümbel

Thorsten Schäfer-Gümbel

WICHTIGE TERMINE

**BERLINER
APFELWEINANSTICH
AM 17. MAI 2017**

**HESSISCHE LANDES-
VERTRETUNG,
BERLIN**

**9. MITARBEITER-
KONVENT DER SPD
IN HESSEN**

**MIT DEN MITARBEI-
TERINNEN UND
MITARBEITERN DES
LANDESVERBANDES,
DER BEZIRKE UND
UNTERBEZIRKE,
DER LANDTAGS-
FRAKTION, DER MDL,
MDB UND MDEP
SOWIE DER KOMMU-
NALEN FRAKTIONEN
AM 7. JUNI 2017,
FULDA**

**MARTIN SCHULZ
IN HESSEN**

**AM 9. JUNI 2017,
19 UHR,
OFFENBACH AM
MAIN**

ZEIT FÜR GERECHTIGKEIT

AUSSERORDENTLICHER LANDESPARTEITAG IM APRIL

In wenigen Monaten wird der Deutsche Bundestag neu gewählt. Nicht nur die jüngsten Umfragen, sondern auch die allgemeine Stimmung im Land stärken Mut, Zuversicht und Selbstbewusstsein der SPD. In einer Welt, die sich schnell verändert, muss die Gesellschaft zusammenhalten. Für die SPD ist klar: Dafür muss es gerecht zugehen. Um diese Ziele zu erreichen, braucht Deutschland eine starke SPD und einen Sozialdemokraten im Kanzleramt. Während die Bundes-SPD ihren Spitzenkandidaten und neuen Vorsitzenden erst vor wenigen Tagen aufgestellt und neu gewählt hat, steht in

Hessen der entscheidende Parteitag noch an. Auf dem außerordentlichen Parteitag im April steht die Aufstellung der Landesliste für die Bundestagswahl durch die Vertreterversammlung im Vordergrund. Unter dem Motto „Zeit für Gerechtigkeit“ werden damit am 22. April in Kassel die wichtigsten Weichen für die Wahl im Herbst gestellt. Inhaltlich stehen mit dem Leit Antrag die Themen kostenfreie Bildung und Betreuung sowie Entlastung der Kommunen im Mittelpunkt. Weitere wichtige Punkte sind die Rede des Landesvorsitzenden, Thorsten Schäfer-Gümbel, und die Beratung über Anträge. ■



Der außerordentliche Landesparteitag und die Vertreterversammlung finden am 22. April in Kassel statt.

DIREKTWAHLEN
IN HESSEN

23.04.2017:

Georg Einhaus
möchte neuer
Landrat im
Main-Taunus-
Kreis werden.

07.05.2017:

Petra Werner
möchte neue
Bürgermeisterin
von Bad Karls-
hafen werden.

07.05.2017:

Axel Bertrand
möchte Bürger-
meister von
Bad Nauheim
werden.

21.05.2017:

Philipp Thoma
möchte neuer
Bürgermeister
von Fischbach-
tal werden.

BREITE BETEILIGUNG: EIN MITMACH-PROGRAMM
FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2018

PROGRAMMKOMMISSION FÜR DIE LANDTAGSWAHL 2018 NIMMT IHRE ARBEIT AUF

Neben der Bundestagswahl wird auch die nächste Landtagswahl in der hessischen SPD schon jetzt intensiv vorbereitet: Die Große Programmkommission der SPD Hessen nahm am 9. März ihre Arbeit auf. Sie rief elf Arbeitsgruppen in Leben, die einzelne Themenfelder bearbeiten werden.

Erste Eckpunkte zum Programm soll der Landesparteitag am 25. November 2017 beschließen. Einen fertigen Entwurf für das Wahlprogramm wird es zum Hessengipfel im Februar 2018 geben. Dieser Entwurf soll dann in Fachforen und bei mehreren Mitmachtagen in ganz Hessen mit Expertinnen und Experten und allen hessischen SPD-Mitgliedern diskutiert werden. Danach werden im Frühjahr die Gliederungen der hessischen SPD – vom Ortsverein bis zur Bezirksarbeitsgemeinschaft – einen Monat Zeit haben, konkrete Anträge zu Änderungen am Programmentwurf zu stellen. Auch über diesen Weg kann jedes SPD-Mitglied seine Vorschläge einbringen und zur Abstimmung stellen. Beschlossen wird das Wahlprogramm vom Landesparteitag am 9. Juni 2018 in Wiesbaden. ■

Es gibt folgende Programmarbeitsgruppen:

- A. Familie, Soziales und Integration: Anita Schneider und Gerhard Merz**
- B. Frauen und Geschlechtergerechtigkeit: Lisa Gnadl und Lara Kannappel**
- C. Haushalt und Finanzen: Kirsten Fründt und Norbert Schmitt**
- D. Innenpolitik und Sicherheit: Nancy Faeser und Günter Rudolph**
- E. Justiz: Heike Hofmann und Jürgen Gasper**
- F. Kommunal- und Regionalpolitik: Gisela Stang und Manfred Schaub**
- G. Neue Energie: Melanie Haubrich und Timon Gremmels**
- H. Schule: Christine Tromsdorf und Christoph Degen**
- I. Wirtschaft, Arbeit und Mobilität: Dagmar Schmidt, Sören Bartol und Tobias Eckert**
- J. Wissenschaft und Kunst: Gernot Grumbach und Dr. Daniela Sommer**
- K. Umwelt, Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit: Angelika Löber und Klaus Wiegandt**

Anregungen für das Hessen von morgen erwünscht! Du hast Fragen oder Anregungen zum nächsten Landtagswahlprogramm? Schreib sie uns:

programmkommission@hessenspd.de



FOTO: GERT-LUWE MENDE

SPD AUCH KOMMUNAL AUF
ERFOLGSKURS

11 GEWONNENE DIREKTWAHLEN SEIT DEM 01.01.2017

Auf Bundesebene erlebt die SPD seit Anfang des Jahres Umfragehoch nach Umfragehoch. Aber auch auf kommunaler Ebene läuft es mehr als zufriedenstellend: Seit Januar 2017 sind mehr als 1.500 hessische Neumitglieder in die SPD eingetreten und es wurden 11 von insgesamt 18 Direktwahlen mit SPD-Kandidaten gewonnen. Das zeigt nicht nur, wie positiv die SPD bei der Bevölkerung aktuell ankommt, sondern vor allem, dass sich der engagierte Einsatz der hessischen Genossinnen und Genossen für mehr Gerechtigkeit auszahlt. So konnte zum Beispiel Christian



Viele Jahre war er Bürgermeister von Gelnhausen, jetzt ist er neuer Landrat im Main-Kinzig-Kreis: Thorsten Stolz.

Geselle mit sagenhaften 56,6 Prozent die Oberbürgermeisterwahl Anfang März in Kassel für sich entscheiden. Thorsten Stolz, neuer Landrat des Main-Kinzig-Kreises, erreichte aus dem Stand 57,9 Prozent. Viele weitere Wahlen vor Ort konnten SPD-Kandidaten für sich entscheiden. Unter anderem wurde Heiko Manz mit 75,5 Prozent neuer Bürgermeister von Jesberg. Daniel Tybussek wurde mit über 70 Prozent als Bürgermeister von Mühlheim am Main wiedergewählt. Der Trend geht weiter nach oben und die Zeichen stehen auf Rot. Es ist Zeit für Gerechtigkeit. ■



Christian Geselle: Der neue Oberbürgermeister von Kassel, Christian Geselle, zu Gast in der hessischen Landtagsfraktion.

GEBURTSTAGS-
EMPFANG
FÜR HANS EICHEL

Jahrzehntelang hat sich Hans Eichel für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität engagiert, sich in hohen Staats- und Parteiämtern für die Bürgerinnen und Bürger eingesetzt. Insbesondere in der Umweltpolitik nahm er eine bedeutende Vorreiterrolle ein. Als hessischer Ministerpräsident stand er für die Verwirklichung der Demokratie und auf Bundesebene stieß er eine umfassende Steuerreform an. Dementsprechend lang war die Gästeliste für den Geburtstagsempfang zu seinem 75. Geburtstag in Kassel. Als besonderer Gast konnte außerdem Comedian Karl Garff gewonnen werden. ■

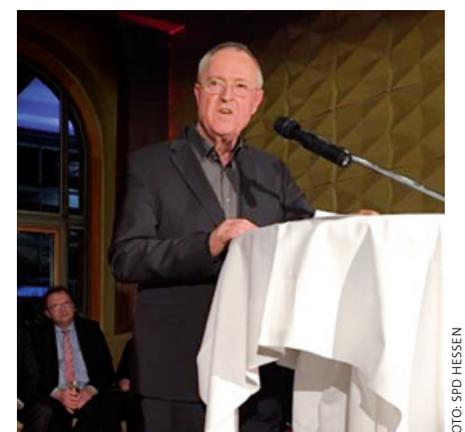


FOTO: SPD HESSEN

MARTIN SCHULZ IN HESSEN

Martin Schulz gehört momentan zu den wohl beliebtesten Politikern Deutschlands. Es gibt Schulz-Memes, -Hashtags und -Give-aways. Er selbst ist viel unterwegs im Land – plant einen Langstreckenlauf. Martin Schulz hat bereits in den vergangenen Wochen seine Versprechen wahr gemacht und vielerorts haltgemacht. Ihm ist es vor allem wichtig, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen und darüber zu sprechen, wie die Gerechtigkeitslücken in Deutschland geschlossen werden können.

Am 9. Juni kommt der Parteivorsitzende und Spitzenkandidat nach Hessen. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr in Offenbach am Main. Genauere Infos zum Ablauf und dem Ort der Veranstaltung finden sich in Kürze auf spd-hessen.de. ■

VERSTEIGERUNG ZUGUNSTEN DER SPD HESSEN

Stephan Soykan ist Künstler und malt mit Vorliebe SPD-Größen. Der Sozialdemokrat ist in der Türkei geboren und 1979 nach Europa ausgewandert. „Besonders beeindruckt hat mich Willy Brandt. Natürlich vor allem sein legendärer Ausspruch: ‚Mehr Demokratie wagen‘“, erklärt Soykan. Erst später begann der IT-Spezialist, seine Bilder auch öffentlich auszustellen, unter anderem in Eriwan, Bat Yam und Rüsselsheim. Nun will er drei seiner Bilder von Willy Brandt versteigern. Der Erlös soll dem SPD-Landesverband Hessen zugutekommen. Unter www.spd-hessen.de/Versteigerung können Informationen und Abbildungen der Kunstwerke eingesehen werden.

Gebote können mit Angabe von Bildnummer, Betrag und Kontaktdaten bis einschließlich 15. Mai 2017 per E-Mail an den Landesverband geschickt werden:

landesverband.hessen@spd.de. ■



Kommende Ausstellung von Stephan Soykan:
23. April bis 12. Mai 2017
im Foyer des Rathauses
Chinonplatz 2
65719 Hofheim am Taunus

POLITIK BRAUCHT FRAUEN

MENTORING-PROGRAMM 2017

Politik ist dann gut, wenn alle sich einbringen“, so der Grundsatz des hessischen Mentoring-Programms für Frauen. Die SPD ist eine bunte, offene und lebendige Partei mit vielen unterschiedlichen Persönlichkeiten, die die Werte und die Haltung der Sozialdemokratie vermitteln.

Qualifizierung ist dabei eine wichtige, wenn nicht sogar zentrale Aufgabe, um Wahlen vor Ort, aber auch auf der Landes- oder Bundesebene zu gewinnen. Seit dem letzten Jahr hat es sich die Landespartei zur Aufgabe gemacht, insbesondere Frauen durch ein Mentoring-Programm zu fördern. Immer noch sind Frauen leider nicht im gleichen Maß in der Partei aktiv, wie Männer. Die Aufgabe ist

deshalb klar: Frauen stark machen, sie qualifizieren und vernetzen.

Die Organisatorinnen des Mentoring-Programms, Bürgermeisterin und stellvertretende Landesvorsitzende Gisela Stang, Bundestagskandidatin Dr. Ilja-Kristin Seewald und Landtagsabgeordnete Lisa Gnadl, freuen sich auf Bewerbungen von Frauen, die auf ihrem Weg begleitet und gestärkt werden wollen. Das Programm geht über zwei Jahre und umfasst Fort- und Weiterbildung, eine Berlinfahrt, mögliche Praktika im Land- oder Bundestag oder auch im kommunalen Bereich. Bewerbungen können bis zum 30. April 2017 unter

landesverband.hessen@spd.de eingereicht werden. ■

DAS MENTORING-PROGRAMM 2017

- 2 Jahre
- 10 Frauen können teilnehmen
- Berlinfahrt
- Aufnahme in das SGK Frauen-Netzwerk

Die SPD ist eine offene, lebendige und bunte Partei. Politik ist dann gut, wenn alle sich einbringen.

Wir wollen Frauen stark machen, sie qualifizieren und vernetzen!

NACHHALTIGE MOBILITÄTSKULTUR IN HESSEN GESTALTEN

Wir sind täglich unterwegs – zur Arbeit, zur Schule oder zur Universität, zum Einkaufen oder um Freunde und Familie zu treffen. Doch vielerorts besteht noch immer keine echte Alternative zum Auto. Das ist einer der Gründe, warum Personen- und auch Wirtschaftsverkehr in den letzten Jahrzehnten stark angewachsen sind. Die Verkehrspolitik der vergangenen Jahrzehnte ist nicht mehr zukunftsfähig. Notwendig ist eine neue, integrierte Mobilitäts- und Siedlungspolitik.

Ansätze hierzu werden in der Studie „Nachhaltige Mobilitätskultur in Hessen gestalten – Konzept für eine Mobilitätsstrategie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung aufgezeigt. Kernfrage der Publikation ist die

nach den Handlungsnotwendigkeiten für Kommunen, Regionen, Land und Bund. Begleitet wurde die Publikation von einer Reihe öffentlicher Diskussionsveranstaltungen, die im März u. a. mit Thorsten Schäfer-Gümbel, dem stellvertretenden SPD-Vorsitzenden und hessischen Landesvorsitzenden, stattfanden. Die Studie kann online unter www.fes.de/hessen abgerufen oder per Mail an landesbuero.hessen@fes.de als Printversion bestellt werden. ■



Bei der Diskussionsveranstaltung in Frankfurt (v.l.n.r.): Thorsten Schäfer-Gümbel, Moderator R. Warschauer, K. Götz, J. Deffner, H. Holzpfel.

WIR
GRATULIEREN

**Dieter
Lengemann,
Bürgermeister
von Fulda**

**Christian
Geselle,**

**Oberbürger-
meister von
Kassel**

**Thorsten Stolz,
Landrat im
Main-Kinzig-
Kreis**

**Heiko Manz,
Bürgermeister
von Jesberg**

**Daniel
Tybussek,
Bürgermeister
von Mühlheim**

**Peter Gefeller,
Bürgermeister
von Staufenberg**



Günter Rudolph, MdB

MANGELNDE TRANSPARENZ

Laut eines Rankings des Vereins „Mehr Demokratie e. V.“ hat die schwarz-grüne Landesregierung beim Thema Transparenz in der Verwaltung einen erheblichen Nachholbedarf. Hessen nimmt bei einem Ranking der Bundesländer den letzten Platz ein, da bislang kein Informationsfreiheits- beziehungsweise Transparenzgesetz existiert. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Günter Rudolph, hat diesen Umstand kritisiert und sagte dazu: „Hessen hinkt beim Thema Transparenz in der Verwaltung weiterhin hinterher. Die SPD hat die Landesregierung wiederholt aufgefordert, endlich ein entsprechendes Gesetz vorzulegen, das Transparenz und Informationsfreiheit gewährleistet. Im September 2015 haben wir selbst einen Gesetzesentwurf für ein hessisches Transparenzgesetz in den Landtag eingebracht und zur Abstimmung gestellt. Leider hat die schwarz-grüne Koalition unseren Gesetzesentwurf abgelehnt.“ ■

GROSSER DANK AN DIE HESSISCHE POLIZEI

Zu Beginn jeden Jahres erfolgt die Präsentation der Kriminalitätsstatistik für das vorangegangene Jahr mit anschließender Debatte im Hessischen Landtag. In der diesjährigen Debatte stellte die innenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Nancy Faeser, klar, dass die gute Statistik nicht über die schlechten Arbeitsbedingungen bei der hessischen Polizei hinwegtäuschen dürfe. „Wir begrüßen, dass sich die Aufklärungsquote positiv entwickelt hat. Unsere hessische Polizei sorgt dafür, dass wir alle in relativ großer Sicherheit leben können. Und dafür danke ich allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Land, die mit großem Einsatz einen ausgezeichneten Job machen – obwohl ihre Arbeitsbedingungen teilweise längst nicht mehr zumutbar sind. Die Ignoranz der Landesregierung gegenüber dem, was die Polizei braucht und verdient, gleichen unsere Beamtinnen und Beamten mit persönlichem Engagement aus“, sagte Faeser. Ein Lob des Innenministers für eine gute Statistik ersetze jedoch keine echte Wertschätzung. In einer Regierungserklärung zur Kriminalitätsstatistik kein Wort über die Rahmenbedingungen der Polizeiar-



Nancy Faeser übte scharfe Kritik an der Landesregierung wegen der schlechten Arbeitsbedingungen bei der hessischen Polizei.

beit in Hessen zu verlieren sei schon eine ganz spezielle Leistung von Innenminister Beuth. „Aber was soll er auch sagen? Schließlich haben die CDU-geführten Landesregierungen seit 2001 über 1.000 Stellen bei der hessischen Polizei gestrichen. Sie haben die Beamtinnen und Beamten mit einer Nullrunde und Einprozenthöhungen der Besoldung seit nunmehr drei Jahren von der allgemeinen Entwicklung der Einkommen abgekoppelt. Sie haben die 42-Stunden-Woche eingeführt, das Weihnachtsgeld gekürzt und das Urlaubsgeld gestrichen“,

sagte Faeser an Innenminister Beuth und Ministerpräsident Bouffier gerichtet. Ausdruck der stetig wachsenden Belastung der Polizistinnen und Polizisten in Hessen seien aktuell 2,6 Millionen Überstunden und ein absurd hoher Krankenstand, so die SPD-Innenexpertin. Beunruhigend sei auch der starke Anstieg bei den Straftaten gegen Polizeibedienstete. Der zunehmenden Respektlosigkeit und Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten müsse entschieden und wirksam entgegengetreten werden, so Nancy Faeser. ■

HESSEN UNTER „FERNER LIEFEN“

Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung zur Chancengerechtigkeit im deutschen Bildungssystem attestiert der hessischen Landesregierung nach den Worten des bildungspolitischen Sprechers der SPD-Landtagsfraktion, Christoph Degen, dringenden Handlungsbedarf in verschiedenen Bereichen. „Hessen schneidet auch in der aktuellen Bildungsstudie ‚Chancenspiegel‘ wieder schlecht ab. Die Studie belegt erneut, dass die schwarz-grüne Landesregierung bei Integration, Inklusion und Ganztagschulausbau viel zu wenig unternimmt oder die falschen Weichen gestellt wurden, um sich im Ländervergleich zu verbessern. Es gibt beispielsweise dringenden Handlungsbedarf bei der gemeinsamen Beschulung von behinderten und nicht behinderten Kindern, massive Defizite bei der Lese- und

Rechenkompetenz von Grundschulern und auch nur geringe Fortschritte im Bereich der Ganztagschulentwicklung. Hier liegt Hessen weiter unter dem Mittelwert aller Bundesländer. In Hessen steigt die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die eine Förderschule besuchen, kontinuierlich an, während sie in anderen Bundesländern sinkt und die inklusive, gemeinsame Beschulung zunimmt.



Christoph Degen, MdB

Eine extrem niedrige Inklusionsquote von 1,3 Prozent sollte Anlass genug sein, schulische Inklusion zu forcieren“, forderte der SPD-Bildungsexperte. Die Ergebnisse der Studie hingegen vonseiten des hessischen Kultusministeriums mit dem Argument zu entkräften, dass die hessischen Zahlen nicht mit denen anderer Bundesländer vergleichbar seien und die Studie daher zu falschen Ergebnissen führe, entbehre jeder Logik und sei fadenscheinig. ■

SCHULZ HAT RECHT

Mit Nachdruck unterstützt die SPD-Landtagsfraktion die Vorschläge des SPD-Kanzlerkandidaten, Martin Schulz, zum Arbeitslosengeld, zu befristeter Beschäftigung und zur Rente. Dazu sagte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Fraktion, Wolfgang Decker: „Der Respekt vor den Menschen und ihrer Arbeitsleistung gebietet es, sie zu unterstützen, wenn sie nach langen Jahren Arbeit ihren Job verlieren. Wer viele Jahre gearbeitet und seine Beiträge gezahlt hat, braucht mehr Unterstützung statt Angst um seine Existenz. Deshalb ist richtig, die Zahlung des Arbeitslosengeldes I zu verlängern und Qualifizierungsangebote auszuweiten.“ Zudem müsse die sachgrundlose Befristung von Arbeitsverhältnissen drastisch reduziert und ein stabiles Rentenniveau geschaffen werden. ■



Wolfgang Decker, MdB

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

PLÄDOYER FÜR GLEICHE CHANCEN UND ENTLOHNUNG

Auch dieses Jahr konnte die SPD-Landtagsfraktion wieder zahlreiche Gäste auf der Veranstaltung im Vorfeld des Internationalen Frauentags begrüßen. Als Hauptrednerin des Abends war Bundesfamilienministerin Schwesig zu Gast im Hessischen Landtag. Sie hielt ein leidenschaftliches Plädoyer unter dem Motto „Gleiche Chancen – gleiches Geld: Das verdient die Frau!“ für das Überwinden der Lohnlücke zwischen Männern und Frauen. ■



Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig und der SPD-Fraktions- und Landesvorsitzende, Thorsten Schäfer-Gümbel, hatten während der Veranstaltung sichtlich Spaß.



Manuela Schwesig nahm sich für die vielen Fotowünsche ausreichend Zeit.



Zeit für Gespräche nach dem offiziellen Teil der Veranstaltung.

FAMILIEN UND KOMMUNEN ENTLASTEN!

Gebührenfreie Bildung von Anfang an ist ein Kernthema der SPD-Landtagsfraktion. Der sozial- und familienpolitische Sprecher, Gerhard Merz, hat im Hessischen Landtag auf den Zusammenhang von zunehmenden Kosten für die Kinderbetreuung und deswegen landauf, landab steigenden Kindergartenbeiträgen hingewiesen: „Die Kosten für Kinderbetreuung lagen 2015 landesweit bei 2,14 Milliarden Euro. Sie haben sich in den vergangenen Jahren aufgrund gestiegener quantitativer und qualitativer Anforderungen mehr als verdoppelt, die Tendenz ist weiter deutlich steigend.“ Dagegen liege die Förderung des Landes nach dem Evaluationsbericht des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) demgegenüber bei lediglich 339 Millionen Euro, der Anteil des Landes stagniere real bei unter 20 Prozent. „Das bedeutet, dass die strukturellen Defizite der Kommunen dramatisch steigen. Insbesondere die finanzschwächeren Kommunen geben diesen steigenden Kostendruck via steigender Kitabeträge an die Eltern weiter“, so

Merz. In den letzten beiden Jahren hätten 45 Prozent der Kommunen die Beiträge erhöht, landesweit lägen sie im Krippenbereich zwischen 75 und 700 Euro, beim Kindergarten zwischen 45 und 300 Euro und beim Hort zwischen 60 und 295 Euro. Ähnlich verhalte es sich auch mit den Angeboten des viel gepriesenen Pakts für den Nachmittag. „Die steigenden Defizite



Gerhard Merz fordert eine Entlastung für Eltern und Kommunen.

sind den Kommunen ebenso wenig zuzumuten wie den Eltern steigende Gebühren. Es ist auch nicht länger vermittelbar, dass in Hessen extrem unterschiedliche Beitragshöhen von null bis 700 Euro nebeneinander bestehen und dass Schul- und Hochschulbesuch kostenlos, ausgerechnet der Kitabesuch aber mit zum Teil exorbitanten Kosten verbunden ist. Beides sind zentrale Fragen der Bildungsgerechtigkeit“, sagte der sozial- und familienpolitische Sprecher. Merz kündigte erneut einen umfassenden Gesetzesentwurf der SPD-Fraktion zur Reform der Kitafinanzierung an. „Dabei werden wir die Ergebnisse des KiföG-Evaluationsberichts ebenso einbeziehen wie die gute politische Praxis in anderen Bundesländern“, sagte er. Merz wies in diesem Zusammenhang auf die Situation in Rheinland-Pfalz mit seiner Gebührenfreiheit ebenso hin wie auf Baden-Württemberg, wo eine grün-rote Landesregierung vor einigen Jahren den Landesanteil an den Kitakosten per Gesetz auf 68 Prozent festgelegt habe. ■



Lisa Gnadt, MdL

VOLLSTÄNDIGE GLEICHBERECHTIGUNG GEFORDERT

Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen war auch Thema im Hessischen Landtag. In der Debatte wies die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Lisa Gnadt, auf die weiterhin bestehenden Unterschiede im Arbeitsleben hin und forderte Anstrengungen für eine wirkliche Gleichberechtigung. Man müsse feststellen, dass die seit 1949 verfassungsrechtlich garantierte Gleichberechtigung von Frauen und Männern noch immer nicht gesellschaftliche Realität sei. Mit der Einführung des Mindestlohns und der Frauenquote in Aufsichtsräten seien unter Federführung der SPD im Bund in den letzten Jahren wichtige Verbesserungen erzielt worden, weitere müssten jedoch folgen. Gnadt forderte stärkere Bemühungen durch das Land, etwa durch mehr Ganztagschulen, die Aufwertung sozialer Berufe und mehr Frauen in Führungspositionen. ■



Ernst-Ewald Roth, MdL

TAUBBLINDE BESSER UNTERSTÜTZEN

Taubblinde Menschen sollen besser unterstützt werden. Die SPD hat einen entsprechenden Gesetzesentwurf zur Änderung des Landesblindengesetzes vorgestellt. Der behindertenpolitische Sprecher der Landtagsfraktion, Ernst-Ewald Roth, sagte dazu: „Taubblindheit ist eine Behinderung, die mehr ist als die Summe von Blindheit und Taubheit. Durch die Behinderung beider Sinnesorgane sind die betroffenen Menschen in ihrem Alltag deutlich stärker eingeschränkt, als dies für Blinde oder Hörbehinderte gilt. Deshalb soll das Landesblindengeld für die Betroffenen verdoppelt werden und damit ein Nachteilsausgleich aufgrund der Mehrfachbehinderung erfolgen.“ In Hessen gebe es zurzeit nach Auskunft der Landesregierung etwa 30 Personen, die von der verbesserten Regelung profitieren würden. ■

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

ZWISCHENBILANZ ZUM NSU-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich bereits seit vielen Jahren für die zügige und gründliche Aufklärung der Umstände rund um den schrecklichen Mord des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) an Halit Yozgat in Kassel ein. Am 06. April 2006 wurde der deutsch-türkische Internetcafébetreiber Halit Yozgat im Alter von 21 Jahren als neuntes Mordopfer der NSU-Mordserie in seinem Internetcafé in der Holländischen Straße in Kassel erschossen.

Der NSU-Untersuchungsausschuss hat den Auftrag, die Arbeit der Behörden im Zusammenhang mit der Aufklärung des Mordes und der NSU-Mordserie zu untersuchen, Fehler aufzuklären und Handlungsempfehlungen für die Zukunft auszusprechen. Es besteht die Möglichkeit, dass der Untersuchungsausschuss noch in diesem Jahr die Beweisaufnahme schließen kann. Dies setzt jedoch die vollumfängliche Lieferung aller Akten voraus. Die bisherige Ausschussarbeit erbrachte jedoch trotz der Widrigkeiten bereits viele Erkenntnisse, lässt aber weiterhin auch viele Fragen offen.

►► Eine wichtige Erkenntnis liegt darin, dass die rechtsradikale Szene in ihrer Gewaltbereitschaft und Vernetzung unterschätzt und politisch nicht hinreichend wahrgenommen wurde. Die bundesweite

Aufklärungsarbeit der Untersuchungsausschüsse hat bereits gezeigt, dass der NSU auf ein breites Unterstützerumfeld zurückgreifen konnte. Dies könnte eine wichtige Spur für die Frage der Opferausswahl durch den NSU sein, die bis heute ungeklärt ist. Zweifel, ob dieses Unterstützerumfeld nach der Entdeckung des NSU im Jahr 2011 in Hessen umfassend aufgeklärt wurde, bestehen bis heute.

►► Der Mord in Kassel an Halit Yozgat in dessen Internetcafé ist vor allem wegen des fragwürdigen Aufenthalts des Verfassungsschutzmitarbeiters Andreas Temme zur Tatzeit am Tatort von besonderer Bedeutung für die Aufklärung der NSU-Morde. Dabei ist es die Pflicht des hessischen Untersuchungsausschusses, zu klären, ob der hessische Beamte des Verfassungsschutzes rein privat und zufällig dort war oder ob es dafür dienstliche Gründe gab. Aus Sicht der SPD ist nicht nachvollziehbar, warum trotz der zahlreichen dienstlichen Verstöße Temmes und des laufenden Mordermittlungsverfahrens gegen ihn kein konsequentes Disziplinarverfahren durchgeführt wurde.

►► Der damalige Innenminister und heutige Ministerpräsident, Volker Bouffier, verweigerte die Erteilung der Aussagegenehmigung für alle von Andreas Temme geführten V-Personen. Hierdurch konnten diese nicht als Zeugen im Mord-

ermittlungsverfahren vernommen werden und das Ermittlungsverfahren wurde über mehrere Monate hinweg behindert. Letztlich konnte jedoch immer noch nicht geklärt werden, warum der damalige Innenminister den Schutz der Quellen über die Aufklärung der Mordserie stellte.

►► Trotz des beispiellosen Vorgangs, dass ein Verfassungsschützer des Landes Hessen Tatverdächtiger in einer deutschlandweiten Mordserie ist, wurde der Hessische Landtag nicht umgehend unterrichtet. Die Parlamentarische Kontrollkommission des Landtags oder der Innenausschuss hätten umgehend informiert werden müssen. Dies wurde jedoch erst drei Monate nach der Tat im Juli 2006, nachdem die Öffentlichkeit aus der Bildzeitung von dem Tatverdacht erfahren hatte, veranlasst.

►► Der Ausschuss wird sich in den nächsten Monaten noch intensiver mit der Problematik beschäftigen, wie hessische Behörden mit den Opferfamilien umgegangen sind. Der hessische Verfassungsschutz hatte behauptet, Mitglieder einer Kasseler Moscheegemeinde, die vom Vater des Opfers, Ismail Yozgat, besucht werde, planten Blutrache an dem Verfassungsschützer. Die Polizei führte daraufhin mehrere Ermittlungsmaßnahmen durch, konnte die Behauptung jedoch nicht verifizieren. ■

INTEGRATION LANGFRISTIG DENKEN

Eine grundsätzliche und auf Dauer angelegte Integrationsstrategie hat der zuständige Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Corrado Di Benedetto, gefordert. „Wer in Sachen Migration und Integration mittel- und langfristig positive Veränderungen für die Gesamtgesellschaft erwirken will, der muss ein für alle Mal weg von der schwarzgrünen Praxis der Aneinanderreihung einzelner Projekte“, sagte Di Benedetto. Es mache keinen Sinn, immer wieder neue Projekte aus dem Hut zu zaubern, die am Ende nicht nachhaltig seien. „Wir müssen uns den integrationspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre ernsthaft stellen“, so der SPD-Politiker. ■



Corrado Di Benedetto, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

FORSCHUNGSPROJEKT MIT HAKEN

Die Gründung des „Forschungscampus Mittelhessen“ hat die SPD-Hochschulpolitikerin Handan Özgüven als gutes Hochschulprojekt bezeichnet, das allerdings „Haken und Ösen“ habe. „Mit dem Forschungscampus haben die drei mittelhessischen Hochschulen einen bedeutenden Grundstein gelegt, um die Forschung in Mittelhessen endlich voranzubringen. Die Mittel, die für den Forschungscampus zur Verfügung stehen, ermöglichen aber lediglich eine Anschubfinanzierung für gemeinsame Verbundforschungsinitiativen.“ Als grundlegendes Problem nannte Özgüven die auf Wettbewerb ausgerichtete Finanzierungsstruktur der Hochschulen, die sich ändern müsse. ■



Handan Özgüven, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

SICHERHEIT FÜR FEUERWEHREN

Der feuerwehrpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Dieter Franz, hat die nun gefundene Regelung für die sogenannten Heckwarnsysteme für hessische Feuerwehren begrüßt, jedoch die zeitliche Verzögerung kritisiert. „Alle staatlichen Maßnahmen für die hessischen Feuerwehren müssen sich daran orientieren, ob sie der zusätzlichen Sicherheit der Einsatzkräfte in Einsatzsituationen dienen. Insbesondere im Verkehrsministerium scheint es eine mangelnde Akzeptanz für die Anliegen der Feuerwehren zu geben, wie bei den Initiativen für die Rettungsgasse und die Sondersignale für Privatfahrzeuge offenkundig wurde“, kritisierte Franz. ■



Dieter Franz, MdL

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

PERSONALPOLITIK NACH GUTSHERRENART GESTOPPT

Die jüngst erzielte Tarifeinigung der Landesregierung mit den Gewerkschaften war für den Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Günter Rudolph, Anlass dafür, nochmals die Rückkehr Hessens in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zu fordern. „Im Ergebnis unterscheidet sich der Abschluss für Hessen nur minimal von dem, was die TdL für den Rest



Günter Rudolph, MdB

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Deutschlands vereinbart hat. Die Erfolgshetorik des Innenministers kann nicht überdecken, dass der Aufwand für die gesonderten hessischen Tarifverhandlungen in keinem sinnvollen Verhältnis zum Ergebnis steht. Die Tarifeinigung bringt weder den Beschäftigten noch dem Land irgendeine substantielle Verbesserung gegenüber dem TdL-Abschluss. Das Tarifbündnis der Länder zu verlassen war ein großer Fehler, geschuldet der Selbstüberschätzung und Überheblichkeit einer CDU-geführten Landesregierung. Die SPD wird auch diesen Fehler nach der nächsten Landtagswahl korrigieren“, sagte Rudolph. Darüber hinaus zeigte er sich erfreut, dass

die Tarifiergebnisse der Angestellten vollständig auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden sollen. „Der Unmut und die Brandbriefe der Beschäftigten, der Druck der Gewerkschaften und der Opposition haben endlich zu einem Einlenken bei Schwarz-Grün geführt. Das ändert nichts daran, dass die Beamtinnen und Beamten in den letzten Jahren von der Lohn- und Gehaltsentwicklung abgehängt wurden. Ich habe aber keinen Zweifel daran, dass Schwarz-Grün weiter Personalpolitik nach Gutsherrenart machen würde und auch wieder machen wird, wenn nicht eine Bundestags- und Landtagswahl bevorsteht. Im Ergebnis sind wir froh, dass wir uns

mit unserer Forderung zur Übertragung des Tarifiergebnisses durchsetzen konnten. Die Sonderbehandlung für hessische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist nicht begründbar. Was früher üblich war, nämlich Tariflöhne und Beamtenbesoldung im gleichen Maß anzuheben, hat in Hessen seit Jahren nicht mehr stattgefunden. Die CDU und ihr kleiner, grüner Koalitionspartner haben unsere Beamten zielgerichtet von der allgemeinen Einkommensentwicklung im Land abgehängt. Zwischen den Anhebungen der Tariflöhne und denen der Beamtenbesoldung liegen inzwischen 5,5 Prozentpunkte“, so der Parlamentarische Geschäftsführer. ■



Der Protest der Beamtinnen und Beamten hat Wirkung gezeigt.

FOTO: SAMIRA BOUCHOUAF

DAS SCHLECHTREDEN MUSS EIN ENDE HABEN!

Angesichts der wiederholten Forderungen von Linken und Grünen nach einer Herabstufung des Airports Kassel-Calden zum Verkehrslandeplatz forderte die SPD-Landtagsabgeordnete Brigitte Hofmeyer ein Ende der Debatte und ist den Forderungen energisch entgegengetreten. Hofmeyer sagte dazu: „Diese mit nichts zu rechtfertigenden Parolen schaden den Entwicklungsmöglichkeiten des nordhessischen Flughafens und des Gewerbegebiets in Calden. Das gezielte Schlechttreden durch interessierte Kreise ist genauso kontraproduktiv wie der von CDU und Grünen im Koalitionsvertrag aufgebaute Zeit- und Kostendruck. Beides schränkt die Entwicklungspotenziale, insbesondere in der Startphase, ein.“

Aktuell rund 800 Arbeitsplätze in 20 Unternehmen sowie circa 2.200 indirekte Arbeitsplätze und eine Bruttowertschöpfung von 45 Millionen Euro belegten den volkswirtschaftlichen Nutzen. Dabei unberücksichtigt sei nach Angabe von Hofmeyer der mit Schauinsland und SundAir neu gestartete Flugplan, der bereits auf viel



Das Abfertigungsgebäude am Kassel Airport.

FOTO: GERT-UWE MENDE

Zustimmung stoße und gut angenommen werde. Die ständige Debatte über eine Rückstufung zum Verkehrslandeplatz sei eine abstruse Forderung mit ausschließlich negativen Auswirkungen. Die SPD-Politikerin fordert bessere Rahmenbedingungen für Flughafen und Gewerbeansiedlung.

„Wenn diese Landesregierung ernsthaft an einer positiven Entwicklung des Airports Kassel interessiert ist und die Infrastruktur in Nordhessen stärken will, dann sollte sie endlich die Diskussion um eine Herabstufung beenden und Flagge zeigen“, sagte Hofmeyer. ■

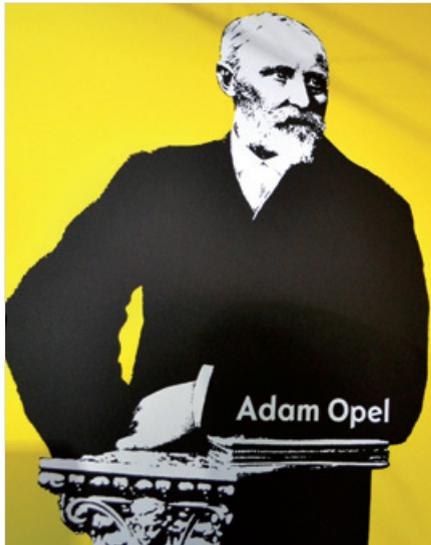
SPD-FRAKTION TRAUERT UM KARL SCHNABEL

Die SPD-Fraktion trauert um den langjährigen Marburger Landtagsabgeordneten Karl Schnabel, der im Alter von 78 Jahren verstorben ist. Der gelernte Klempner und Installateur gehörte von 1974 bis 1995 dem Hessischen Landtag an. „Karl Schnabel stand für eine engagierte Umweltpolitik. Als tief in der Kommunalpolitik verwurzelter Sozialdemokrat setzte er sich leidenschaftlich für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ein. Auch sein internationales Engagement, vor allem im Hinblick auf das ehemalige Jugoslawien, bleibt unvergessen. Wir verlieren mit Karl Schnabel einen verlässlichen, gradlinigen und liebenswerten Genossen, der auch über die Fraktionsgrenzen hinweg große Anerkennung genossen hat. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie“, sagte der Fraktionsvorsitzende, Thorsten Schäfer-Gümbel. ■



Karl Schnabel

FOTO: ARCHIV HESSISCHER LANDTAG



Adam Opel



FOTOS: GERT-UWE MENDE

OPEL HAT ZUKUNFT

Aus der zunächst geplanten und in Fachkreisen und der Politik diskutierten Übernahme von Opel beziehungsweise Vauxhall durch den französischen Automobilkonzern PSA Peugeot/Citroën ist nun Realität geworden. „Es ist gut, dass wir jetzt erste Klarheit über die Rahmenbedingungen des Verkaufs von Opel an die PSA Group haben. Die SPD begrüßt, dass PSA die vom bisherigen Opel-Mutterkonzern General Motors mit den Be-

triebsräten und der IG Metall vereinbarten vertraglichen Zusicherungen für den Erhalt der Arbeitsplätze und der Standorte übernimmt. Die eigentliche Arbeit beginnt jetzt aber erst. Beim Zukunftsplan für Opel entscheidet sich, was die bisherigen Verlautbarungen wert sind“, sagte der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Thorsten Schäfer-Gümbel. Er rief alle Beteiligten dazu auf, den anstehenden Fusionsprozess so zu gestalten, dass er ein neues Kapitel der europäischen Industriepolitik eröffne. Schäfer-Gümbel sagte: „Wenn die Rahmenbedingungen richtig gestaltet werden, dann ist der Zusammenschluss von PSA und Opel eine echte Chance. Das kann zu einem guten Beispiel für europäische Industriekooperationen werden. Sicher ist jedenfalls, dass man in Rüsselsheim und Paris mehr vom europäischen Automobilmarkt und Mitbestimmung versteht als in Detroit.“ ■

Setzen sich für die Arbeitsplätze in Rüsselsheim ein (v. l. n. r.): der Wiesbadener Oberbürgermeister, Sven Gerich, SPD-Fraktionschef Thorsten Schäfer-Gümbel und SPD-Generalsekretärin Nancy Faeser.

SCHWARZ-GRÜN BUNKERT HAUSHALTSMITTEL FÜR WAHLGESCHENKE

Die Finanzpolitik des Landes stand wieder einmal im Mittelpunkt der Beratungen im Hessischen Landtag. In der Debatte wiederholte der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Norbert Schmitt, die Forderung seiner Partei nach einem Nachtragshaushalt. Auf diese Weise ließen sich die dringend erforderlichen Investitionen in Straßen, Schulen, die Breitbandversorgung und den Wohnungsbau sofort in die Tat umsetzen. Außerdem biete der Nachtragshaushalt die Möglichkeit, die Eltern in Hessen bei den Kitagebühren zu entlasten. Dies sei angesichts der hervorragenden Finanzlage des Landes möglich, ohne die Vorgaben der Schuldenbremse zu verfehlen, sagte Norbert Schmitt. „Die Landesregierung feiert sich selbst für einen angeblich historischen Erfolg, nämlich einen ordentlichen Haushaltsüberschuss im Jahr 2016. Auch die SPD findet das Ergebnis des Landeshaushalts 2016 erfreulich – aber es hat überhaupt nichts mit der Arbeit dieser schwarz-grünen Landesregierung zu tun. Der Haushaltsüberschuss ist das Resultat von Steuererhöhungen in Höhe von über 1,6 Milliarden Euro. Es gibt also keinen Grund, die Sparanstrengungen der Landesregierung oder ihre finanzpolitische Strategie zu loben. Verantwortlich für das gute Ergebnis sind einzig und allein die gute Konjunktur und die guten Arbeitsmarktzahlen in Deutschland. Und dazu hat die hessische Landesregierung nun wirklich nichts beigetragen“, sagte Norbert Schmitt. Anstatt zu investieren,

bunkere die schwarz-grüne Landesregierung lieber 379 Millionen Euro in einer nicht zweckgebundenen Rücklage, kritisierte Schmitt. „Ende dieses Jahres werden sich die allgemeinen Rücklagen des Landes auf fast eine Milliarde Euro summieren. Und es ist offensichtlich, dass diese Mittel für Renommierprojekte und Wahlgeschenke im nächsten Jahr, also im Jahr der Landtagswahl, reserviert sind“, so Norbert Schmitt. ■

bunkere die schwarz-grüne Landesregierung lieber 379 Millionen Euro in einer nicht zweckgebundenen Rücklage, kritisierte Schmitt. „Ende dieses Jahres werden sich die allgemeinen Rücklagen des Landes auf fast eine Milliarde Euro summieren. Und es ist offensichtlich, dass diese Mittel für Renommierprojekte und Wahlgeschenke im nächsten Jahr, also im Jahr der Landtagswahl, reserviert sind“, so Norbert Schmitt. ■

ENDLICH WIEDER INVESTIEREN

Die SPD fordert, mit einem Nachtragshaushalt folgende Punkte zu finanzieren:

- ▶ 100 Millionen Euro für die Entlastung der Eltern bei den Kitagebühren
- ▶ 50 Millionen Euro für Schulsanierung und Schulbau
- ▶ 39 Millionen Euro für die Instandhaltung der Landesstraßen
- ▶ 50 Millionen Euro für den Neubau von bezahlbarem Wohnraum



Tobias Eckert, MdB

TOURISMUS AUF DEM LAND FÖRDERN

Im Zuge der Vorstellung der Tourismusbilanz 2016 für Hessen hat der zuständige Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Tobias Eckert, eine schlüssige Gesamtstrategie gefordert. „Auch die SPD freut sich, dass die Übernachtungszahlen im Rhein-Main-Gebiet gestiegen sind. Allerdings hat Minister Al-Wazir beim Blick auf seine Tourismuszahlen noch immer einen blinden Fleck: den ländlichen Raum“, so Eckert. Für die Akteure, die sich für den Tourismus in den ländlichen Regionen Hessens engagierten, könne dies nur bedeuten, dass sie auch in Zukunft nicht mit einer aktiven Unterstützung durch die schwarz-grüne Landesregierung rechnen könnten. Die komplette Finanzierungsfrage allein der kommunalen Ebene aufzubürden zeige, dass sich der Minister wieder einmal mit fremden Federn schmücke. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

Redaktion:
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)
Dr. Wilfried Lamparter
Michael Fraenkel
Gerfried Zluga-Buck
Isabel Neumann
Martina Häußl-David
Johanna Lanio
Samira Bouchouaf

Anschrift:
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden